

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Amt für Wirtschaft und Finanzen

16.01.2012

Protokoll
der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses
am 16. Januar 2012 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Anwesenheit

Herr Dr. Kerath
Frau Bruns
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Kolbe
Herr Liskow, F.-R.
Herr Littmann
Herr Mundt
Frau Dr. Schwenke
Frau Socher
Herr Voß
Herr Bleckmann

i. V. für Herrn Braun

Entschuldigt

Herr Braun

Verwaltung

Herr Hochheim	Herr Pfof	Herr Volkmann
Herr Wille	Frau Demuth	Frau Freese
Frau Dr. Lehmann	Frau Teetz	Frau Hanke
Frau Franz	Frau Dr. Rothe	Frau Lüdemann
Frau Walther	Frau Hauswald	Herr Kaiser
Herr Kremer	Frau Meyn	Frau Winkler, A.-K.
Herr Hauck	Frau Berthold	Herr Sappelt
Frau Baer	Frau Einfeld	

Gäste

BauBeCon - Frau Schinkel
OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beschlusskontrolle
- 4.1. Aktueller Stand Stadthaus
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Rückerstattung Hafengebühren an Museumshafen e. V. 05/685
CDU-Fraktion
- 5.2. Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ 05/682
sowie über die Klassifizierung nach der aktuellen
Straßenausbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 5.3. 2. Änderungssatzung zur „Satzung und Gebührentarif der 05/709
Stadtbibliothek Hans Fallada“ der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald
Dez. III, Amt 41
- 5.4. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/666
für das Haushaltsjahr 2012
Dez. I, Amt 20
- 5.4.1. Weiterentwicklung des Systems der selbstständigen Schulen 05/712
CDU-Fraktion
- 5.4.2. Teilverschiebung Sanierungsmaßnahme Wiecker Brücke 05/713
CDU-Fraktion
- 5.4.3. Anpassung der Deckungsvermerke an die Erfordernisse der 05/714
selbstständigen Schule
CDU-Fraktion
- 5.4.4. Aufstockung Maßnahme 11402-M12004 (Allgemeiner Ankauf) 05/715
CDU-Fraktion
- 5.4.5. Definieren von Maßnahmen - 11401 (Immobilienverwaltung) 05/717
CDU-Fraktion
- 5.4.6. Definieren von Maßnahmen - 28101 (Förderung von 05/718
Einrichtungen/ Kulturförderung)
CDU-Fraktion
- 5.4.7. Definieren von Maßnahmen - 28102 (Sozio-kulturelles Zentrum 05/719
„St. Spiritus“)
CDU-Fraktion

- | | | |
|---------|--|--------|
| 5.4.8. | Definieren von Maßnahmen - 42100 (Förderung des Sports)
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/720 |
| 5.4.9. | Definieren von Maßnahmen - 54100 (Gemeindestraßen)
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/721 |
| 5.4.10. | Definieren von Maßnahmen - 57100 (Kommunale
Wirtschaftsförderung)
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/722 |
| 5.4.11. | Definieren von Maßnahmen und Beschreibungen – 11102
(Beauftragtenbüro)
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/724 |
| 5.4.12. | Streichen - Ersatzneubau Brücke Treidelpfad
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/725 |
| 5.4.13. | Grüne Welle Anklamer Straße
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/726 |
| 5.4.14. | Inspizientenzentrale Theater Vorpommern
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/727 |
| 5.4.15. | Streichen - Salzlagerhalle und Auftausalz
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/728 |
| 5.4.16. | Streichen - Teilausbau Hansering/Knopfstraße
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/729 |
| 5.4.17. | Unterstützung Selbstständigkeit der Schulen
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/730 |
| 5.4.18. | Selbstständige Kindertagesstätten und Horte
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/733 |
| 5.4.19. | Aufstocken Produkt 2610001 (Theaterhaus Greifswald)
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/734 |
| 5.4.20. | Erhöhung des Zuschusses für den Tierpark (Produkt 2.5.3.00)
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i> | 05/735 |
| 5.4.21. | Einrichtung einer neuen Stelle für die Einwerbung von EU-
Fördermitteln
<i>Bündnis 90 / Die Grünen</i> | 05/736 |
| 5.4.22. | Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf 420 v. H.
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i> | 05/737 |
| 5.4.23. | Einrichtung zweier neuer Stellen im Ordnungsamt:
Verkehrskontrolleur/in
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i> | 05/738 |
| 6. | Information der Verwaltung | |
| 7. | Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder | |

8. Informationen des Ausschussvorsitzenden
9. Bestätigung des Protokolls vom 21.11.2011
10. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Die CDU-Fraktion zieht den Tagesordnungspunkt 5.1. „Rückerstattung Hafengebühren an Museumshafen e. V.“ zurück. Die Tischvorlagen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden unter den TOP 5.4.1. bis 5.4.23. eingeordnet.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Beschlusskontrolle

Zu TOP: 4.1. Aktueller Stand Stadthaus

Herr Kremer informiert zum Projekt Stadthaus über den Vertrags- und Leistungsstand sowie über die Kostenüberwachung (wurde an alle Ausschussmitglieder ausgereicht).

Im Rahmen der Weiterplanungen sind Einsparungen bei der Entfeuchtung des Keller (keine komplette Trockenlegung des Kellers), Brandschutzmaßnahmen im Keller, Neubau Aufzüge, durch Vereinfachung des Verbaus der Baugrube Rakower Straße und durch Vereinfachung der Gründung über Verwaltungsträger zu verzeichnen. Die Höhe der Einsparungseffekte durch technische Veränderungen wird gegenwärtig geprüft. Derzeitig liegt man noch im Kostenrahmen.

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 5.1. Rückerstattung Hafengebühren an Museumshafen e. V.

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Zu TOP: 5.2. Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ sowie über die Klassifizierung nach der aktuellen Straßenausbaubeitragssatzung

Die Bürgerschaft hatte sich in ihrer Sitzung am 12.12.2011 entschieden, die Beschlussvorlage, die zur Abstimmung stand, an die Fachausschüsse zurückzuverweisen. Hintergrund war der verwaltungsseitige Vorschlag, die Straße „An den Gewächshäusern“ von der Einmündung „Koitenhäger Landstraße“ einschließlich der Zufahrtsstraße zum EKZ „Elisenpark“ auszubauen und unter Einbeziehung des Grundstückseigentümers von REAL gemeinschaftlich unter den Anliegern abzurechnen. Dabei sollte die Stichstraße, die von REAL aus zu der Straße „An den Gewächshäusern“ führt, als unselbständige Anlage betrachtet werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass im Falle einer Anfechtung dieser Variante vom Grundstückseigentümer (REAL) ein höheres Risiko für die Stadt besteht, auf den Kosten sitzen zu bleiben.

Dieses Risiko wurde durch die Rechtsabteilung geprüft (die Stellungnahme wurde allen Ausschussmitgliedern übergeben).

Eine Antwort zur Anfrage beim Grundstückseigentümer zur Beteiligung des Ausbaus der Straße zum REAL steht noch aus.

Infolgedessen wurde von der Verwaltung ein neuer Beschlussvorschlag erarbeitet, der jetzt den Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ von der „Koitenhäger Landstraße“ bis zur Einmündung der Zufahrtsstraße zum EKZ „Elisenpark“ (ohne Einbeziehung der Stichstraße zum REAL) als selbstständige Anlage vorsieht. Die Straße soll als Innerortsstraße und nicht als Anliegerstraße klassifiziert werden. Falls jetzt betroffene Eigentümer oder Erbbauberechtigte klagen sollten, wäre das finanzielle Risiko geringer.

Herr Dr. Fassbinder stellt fest, dass der neue Beschlussvorschlag mit den Unterlagen zur Ausschusssitzung nicht ausgereicht wurde. Nach Unterbrechung des TOP wird dieser Beschlussvorschlag ausgeteilt.

Herr Dr. Kerath betont, dass der Tenor der Diskussionen immer war, dass der Hauptnutznießer dieser Straße an den Kosten beteiligt werden soll. Weiterhin kritisiert er, dass er auf mehrfachen Anfragen zur rechtlichen Seite unter Einbeziehung der Eigentumsverhältnisse, der B-Planfestlegungen und zur Kostenverteilung (wer hat welche Kostenverteilung beim Aufbau Anfang der 90er Jahre getroffen) keine Antwort bekommen hat.

Herr Dr. Fassbinder bittet um rechtliche Abklärung, inwieweit man nach Kommunalabgabengesetz Nutzer einbeziehen kann, die Profiteure dieser Straße sind.

Herr Hochheim bringt in der anschließenden Diskussion zum Ausdruck, dass er bestrebt ist, seitens der Verwaltung das finanzielle Risiko so gering wie möglich zu halten.

Von Herrn Dr. Fassbinder wird der Vorschlag unterbreitet, bis zum Hauptausschuss ungefähr zu ermitteln, was der Ausbau der Straße kosten wird. Dann sollte aufgelistet werden, wie hoch der Unterschied zwischen Anlieger- und Innerortsstraße zu beziffern ist und was der Mehrausbau der Stichstraße zum REAL kosten würde. Mit den entsprechenden Zahlen wäre eine Entscheidung zur Ausbauvariante der Straße (selbstständige oder unselbstständige Anlage) leichter.

Nach Diskussion wird der Beschlussvorschlag, der allen Ausschussmitgliedern mit den Unterlagen ausgereicht wurde, zurückgezogen.

Zur Abstimmung wird die während der Sitzung ausgeteilte Beschlussvorlage gestellt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
7 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 2. Änderungssatzung zur „Satzung und Gebührentarif der Stadtbibliothek
5.3. Hans Fallada“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Die 2. Änderungssatzung dient der Verbesserung der Einnahmesituation der Stadtbibliothek von jährlich ca. 24.000 EUR, so Frau Hauswald.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen

Zu TOP: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das
5.4. Haushaltsjahr 2012

Herr Wille erklärt, dass auf Seite 2 der Vorlage der zweite Absatz des Beschlussvorschlages zu streichen ist. Dieser Teil wurde bereits in der Bürgerschaft im Dezember beschlossen.

Des Weiteren weist Herr Wille darauf hin, dass mit der Doppik für das städtebauliche Sondervermögen separate Haushaltssatzungen zu fassen sind (für jedes Sondervermögen einzeln - das betrifft sieben in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald). Die Verwaltung ist bemüht, bis zur Hauptausschusssitzung den Satzungstext vorzulegen und bis zur

Bürgerschaftssitzung die dazugehörigen Papiere. Von Vorteil wäre eine Beschlussfassung in der Bürgerschaftssitzung am 20.02.2012, weil dann insgesamt im Innenministerium eine Bearbeitung des Haushaltes erfolgen könnte. Genehmigungsfähig wären die Verpflichtungsermächtigungen, die im Sondervermögen enthalten sind.

Die Änderungsvorschläge der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden nachfolgend behandelt (TOP 5.4.1. - 5.4.19. Vorschläge der CDU, TOP 5.4.20. - 5.4.23. Vorschläge Bündnis 90/Die Grünen).

Herr Dr. Fassbinder informiert, dass seine Fraktion zur Investitionsliste noch keine Änderungsanträge gestellt hat, aber Änderungswünsche vorhanden sind, die heute mündlich mit erörtert und schriftlich nachgereicht werden sollen.

Herr Liskow hinterfragt, warum in der Bahnhofstraße/Gützkower Straße kein Kreisverkehr mehr realisiert werden soll (OZ vom 14.01.2012), der Haushaltsplan diese Position aber noch enthält.

Herr Kaiser erklärt, dass über Gutachten der Kreisverkehr geprüft wurde. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass ein Kreisverkehr an dieser Stelle aufgrund der hohen Verkehrsströme nicht einspurig, sondern nur zweispurig möglich ist. Da flächenmäßig ein zweispuriger Ausbau nicht umsetzbar ist, wird man prüfen, die vorhandene Kreuzung zu optimieren. Die für den Kreisverkehr eingeplanten Mittel wird man in der Größenordnung nicht benötigen.

Des Weiteren hinterfragt Herr Liskow die Position Teilausbau Hansering/Knopfstraße (265.000 EUR) und Schulwegsicherung/Verkehrssicherung (25.000 EUR).

Hierzu erläutert Herr Kaiser, dass zur Entspannung des Hanserings die beiden Fahrbahnen getrennt werden sollen, indem eine südliche Fahrbahn, ein Mittelstreifen und eine nördliche Fahrbahn entstehen. Der erste Abschnitt soll im Bereich der Knopfstraße errichtet werden. Wenn die Bürgerschaft diese Sanierung des Ausbaus nicht als vordergründiges Ziel ansieht, muss aber an dieser Stelle die Schulwegsicherung vorgenommen werden (die vorhandene Querung ist nicht ausreichend). Aus diesem Grund erscheint die Position zwei Mal im Haushaltsplan. Der Ausbau sollte aus Gründen der Realisierbarkeit in Abschnitten erfolgen.

Frau Hanke ergänzt, dass, falls an dieser Stelle vorerst die Schulwegsicherung favorisiert wird, für die eingeplanten Mittel des Hanserings sofort andere Maßnahmen (z. B. Mittelinsel Bahnhofstraße), die bislang aus Geldmangel in der Warteschleife standen, aufrücken könnten.

Herr Dr. Fassbinder möchte folgende Fragen beantwortet haben:

1. Zusatzliste Investitionen: Parkplatz Baderstraße für die Dienstfahrzeuge - Ist diese Investition der Grundstückserwerb und wird dieser ggf. durch die Bewirtschaftung refinanziert?

Auf diesem Parkplatz, so Herr Hochheim, sollen, wenn das Technische Rathaus bezogen wird, 10 - 12 Dienstfahrzeuge (von 19) stehen. Der Parkplatz wird nicht bewirtschaftet.

2. Liste 1, Punkt 12: Ankauf Friedrichshagen - Was ist das?

Der private Eigentümer hat die Flächen weiterveräußert, insofern können die Mittel aus dem Haushaltsplan herausgenommen werden, so Herr Kremer.

3. Liste 2, Punkt 9: Gründung der Tourismus- und Stadtmarketing GmbH - Ist diese Gründung hinaufällig?

Herr Wille erklärt, dass bei einer Herausnahme dieser Position dieses Jahr die Gründung der GmbH nicht stattfinden kann. An der Gründung der GmbH wird in Zwischenschritten gearbeitet. Die Mittel werden kurzfristig aber nicht benötigt.

4. Liste der neu aufgenommenen Positionen: Ankauf Silberberg

Laut Herrn Kremer müssen hier durch Wertgutachten Nachverhandlungen durchgeführt werden, die dann auch eine neue Beschlussfassung erfordern.

5. Hat die Stadtverwaltung „Bufdis“ (Bundesfreiwilligendienst) beantragt? Wenn ja, in welcher Form muss es wo beantragt werden?

Es gibt in der Stadtverwaltung Vorstellungen, wo man „Bufdis“ einsetzen könnte. Herr Wille erklärt, dass derzeit im Haushalt keine Haushaltsmittel eingestellt sind. Entscheidungen hierzu soll die Bürgerschaft treffen. Erst wenn die finanziellen Mittel (115.000 EUR) bestätigt und genehmigt sind, kann eine Anmeldung von Stellen bei der Zentralstelle erfolgen.

Frau Socher möchte wissen, wo die Instandhaltungskosten für die städtischen Gebäude zu finden sind, wie groß die Summe und nach welchen Kriterien diese Summe ermittelt worden ist.

Herr Kremer erläutert, dass Maßnahmen für die nächsten 4 bis 5 Jahre angemeldet wurden. Durch die Dezernentenkonferenz wurden Mittel im Umfang von 1,6 Mio. EUR eingestellt. Herr Wille erklärt, dass diese Werterhaltungsmaßnahmen im Aufwand der Budgets enthalten und untereinander deckungsfähig sind. Eine Gewissheit, dass diese Mittel für die Maßnahmen auch eingesetzt werden, gibt es nicht. Man hätte dann die Mittel als Maßnahme in dem jeweiligen Produkt definieren müssen.

Des Weiteren hinterfragt Frau Socher, warum erst für 2013 Mittel für das Multifunktionsgebäude Hafen eingestellt sind.

Herr Hochheim informiert, dass unter der Maßgabe der Bewilligung der Städtebaufördermittel eine Realisierung erst im Jahr 2013 erfolgen kann.

Auf die Frage, wo sich die Bahnlinie nach Ladebow im Investitionsprogramm

befindet, erklärt Herr Hochheim, dass es sich um keine Investition, sondern um eine Instandhaltungsmaßnahme handelt und dementsprechend an anderer Stelle im Haushalt zu finden ist.

Es wird der Hinweis gegeben, dass auf der Seite 37 des Haushaltsplanes bzgl. Bewirtschaftung der Gebäude es richtig heißen muss: „... nicht enthalten sind hier die Aufwendungen für das Humboldtgynasium (nicht Herdergymnasium!)...“.

Beim Vergleich der Zahlen der sozialen Wohlfahrtsverbände ist aufgefallen, dass für 2012 nur 20.000 EUR (Vorjahr 80.000 EUR) eingestellt sind.

Die Erklärung hierfür liegt im Übergang an den Landkreis begründet. Inhaltliche Gespräche hierzu hat Herr Dembski geführt. Die eingestellten 20.000 EUR sind für Projekte, die hier in Greifswald durchgeführt werden. Im Übrigen wird auf den Ausschuss für Jugend und Soziales verwiesen.

Ist mit den eingestellten 30.000 EUR für das Frauenhaus deren Existenz gesichert?

Herr Wille bittet, diese Frage im entsprechenden Fachausschuss zu stellen.

Herr Dr. Fassbinder wünscht sich für die Maßnahmen der einzelnen Listen Nummerierungen. Seine Fragen zu den Investitionslisten:

In der Liste 0 sind Posten zum Stadthaus enthalten (200.000 EUR), die zusätzlich zu den beschlossenen Kosten von 12 Mio. EUR hinzukommen. Im Einzelnen betrifft dies unter anderem die Möblierung, Netzkomponenten und andere.

Herr Wille belegt, dass im Haushaltsplan 2011 im Vermögenshaushalt die Position Stadthaus Ausrüstung mit einem Investitionsbedarf von 620.900 EUR unterlegt ist. Sie enthält eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2012. Das heißt, dass bereits im Jahr 2011 bei entsprechendem Baufortschritt bereits Aufträge zur Beschaffung der Ausrüstung hätten ausgelöst werden können. Die Aussage, dass im Zusammenhang mit dem Bau nichts an zusätzlicher Ausrüstung entsteht, ist so nicht getätigt worden.

Herr Hochheim ergänzt, dass diese Kosten bereits im Sommer 2010 öffentlich im Begleitausschuss „Technisches Rathaus“ thematisiert wurden. Allerdings hat sich bezgl. Möblierung die Auffassung zur Möbelmitnahme geändert. Aufgrund der Raumgrößen wird sich dies nicht in jedem Fall umsetzen lassen, zudem sind etliche Möbelstücke verschlissen. Ob die geplanten 400.000 EUR für 2013 tatsächlich benötigt werden, wird die Planung zeigen, die in Auftrag gegeben wird.

In der Diskussion betont Herr Hochheim, dass die 13,8 Mio. EUR nie die Ausrüstungsgegenstände beinhalten; sie wären immer dazu gekommen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Demuth, dass die Planer die Brandmeldeanlage (ca. 23.000 EUR) aufgrund ihrer nicht Förderfähigkeit den Planungen des

Amtes 10 zugeordnet haben.

Liste 2.10: Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme Internetpräsentation der Wirtschaftsförderung anders zu organisieren. Die Summe wird als nicht realistisch eingeschätzt.

Liste 2.12: Die Summe für den dringenden Ersatz und für die Verkehrssicherungspflicht von Spielgeräten wird als zu niedrig eingestuft. Es wird ein Antrag auf Erhöhung um 20.000 EUR gestellt.

Liste 2.27: Die Position „Erfassungsgeräte für Verkehrskontrolleure“ steht im nicht finanzierbaren Teil, wird aber für dringend notwendig erachtet und sollte in den finanzierbaren Teil verschoben werden.

In der Liste 3 sollten drei Maßnahmen (3.20 - Radstation, 3.21 - Sportplatz Schützenstraße und 3.26 - Aus- und Neubau Geh-/Radweg Hansering) in die finanzierbare Liste genommen werden.

Herr Liskow stellt die Tischvorlagen für die CDU vor.

Zu TOP: *Weiterentwicklung des Systems der selbstständigen Schulen*
5.4.1.

Mit dieser Vorlage soll den Schulen der Anreiz gegeben werden, bei nicht ausgeschöpften Budgets selbstständig über die eingesparten Mittel zu verfügen.

Herr Kremer gibt zu bedenken, dass bei Umsetzung dieses Beschlusses die Deckungsfähigkeit bei den Bewirtschaftungskosten nicht mehr gewährleistet ist. Herr Hochheim ergänzt, dass die angeführten internen Leistungsverrechnungen kein bares Geld sind. Demzufolge kann man unter Punkt 2 nicht von 50 % Ersparnisse reden.

Nach Diskussion schlägt Herr Dr. Fassbinder eine Überarbeitung der Vorlage für den nächsten Haushalt vor.

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt.

Zu TOP: *Teilverschiebung Sanierungsmaßnahme Wiecker Brücke*
5.4.2.

Die CDU ist der Meinung, die Sanierung in einem Bauabschnitt (geplant sind zwei) durchzuführen, deswegen sollen die Haushaltsmittel von 2012 in Höhe von 250.000 EUR in das Jahr 2013 verschoben werden. Somit würden für 2012 100.000 EUR für die Planung verbleiben.

Ein weiter Grund wird in dem diesjährigen 120sten Jubiläum der Brücke gesehen. Es wäre unschön, wenn zu diesem Zeitpunkt die Brücke saniert wird.

Die Erklärung für die Aufteilung in zwei Bauabschnitte liegt in der Entlastung des Haushaltes, so Frau Hanke. Die vorgeschlagene Verfahrensweise der

Sanierung wäre möglich, allerdings bittet Frau Hanke dann, für die Planungsleistung 135.000 EUR einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: *Anpassung der Deckungsvermerke an die Erfordernisse der selbstständigen*
5.4.3. Schule

Herr Wille erklärt die Deckungsmöglichkeiten im Haushalt. Bisher ist die Deckungsfähigkeit über den gesamten Teilhaushalt gegeben, technisch wäre hier aber auch eine Deckungsfähigkeit auf die jeweiligen Produkte möglich. Für die Bewirtschaftung müssten man dann nur andere Regeln befolgen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: *Aufstockung Maßnahme 11402-M12004 (Allgemeiner Ankauf)*
5.4.4.

Um mehr Handlungsspielraum zu haben, sollen die Mittel dieser Maßnahme auf 100.000 EUR erhöht werden.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung
(Frau Dr. Schwenke ist nicht im Raum.)

Zu TOP: *Definieren von Maßnahmen - 11401 (Immobilienverwaltung)*
5.4.5.

Mit dieser Beschlussvorlage soll als Maßnahme die Erstellung eines jährlichen Immobilienberichtes festgeschrieben werden (hat keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen).

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen
(Frau Dr. Schwenke ist nicht im Raum.)

Zu TOP: *Definieren von Maßnahmen - 28101 (Förderung von Einrichtungen/*
5.4.6. Kulturförderung)

In der Vorlage muss die Summe in 25.000 EUR jährlich geändert werden (nicht 20.000 EUR). Als Maßnahme soll die Förderung der „Musikfabrik Greifswald - Schule für Popularmusik“ in den großen Haushaltsplan Kultur ohne feste Deckung und ohne, dass eine andere Maßnahme gestrichen wird, sondern durch Umschichtung, aufgenommen werden.

Herr Sappelt hält eine Einsparung von 25.000 EUR im laufenden Etat für schwierig.

Frau Görs hinterfragt, was der Prüfantrag ergeben hat.

Da das Ergebnis noch nicht bekannt ist, lehnen Mitglieder des Ausschusses die Beschlussvorlage ab.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
9 Gegenstimmen

Die Vorlage wird in den Fachausschuss verwiesen.

Zu TOP: 5.4.7. Definieren von Maßnahmen - 28102 (Sozio-kulturelles Zentrum „St. Spiritus“)

Diese Beschlussvorlage sieht als Maßnahme die Erstellung eines halbjährlichen (wurde geändert von vierteljährlich) Berichtes, der über Veranstaltungen, Buchungen und Kostendeckungsgrad Auskunft gibt, vor.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Die Vorlage wird in den Fachausschuss verwiesen.

Zu TOP: 5.4.8. Definieren von Maßnahmen - 42100 (Förderung des Sports)

Als Maßnahme soll die Erarbeitung einer städtischen Sportförderrichtlinie bis zur Sitzung der Bürgerschaft am 25.06.2012 hinzugefügt werden.

Herr Dr. Fassbinder gibt den Einwand, diese Vorlage, da sie nicht finanzrelevant ist, in den Fachausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
8 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 5.4.9. Definieren von Maßnahmen - 54100 (Gemeindestraßen)

Diese Vorlage sieht als Maßnahme das Erstellen eines jährlichen Zustandsberichtes der Greifswalder Straßen und Radwege bis zu den Gremiensitzungen im November vor.

Herr Dr. Fassbinder möchte die Erweiterung auch auf die Fußgängerwege.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: Definieren von Maßnahmen - 57100 (Kommunale Wirtschaftsförderung)
5.4.10.

Zur Thematik der Wirtschaftsförderung wird hier der Entwurf eines Flyers als Maßnahme gefordert. Dieser Soll nach der Sommerpause dem Ausschuss vorgestellt werden. Der Ausschuss hält sich ein Mitgestaltungsrecht vor.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
5 Stimmenthaltungen

Zu TOP: Definieren von Maßnahmen und Beschreibungen - 11102
5.4.11. (Beauftragtenbüro)

Im Punkt 1 soll im Produkt die Beschreibung des Kinderbeauftragten eingefügt werden. Des Weiteren wird im Punkt 2 die Organisation und Ausrichtung eines Kinderfestes zum Weltkindertag als Maßnahme definiert. Auch soll ein Konzept zur Kinderfreundlichkeit erarbeitet werden.

Nach Diskussion wird im Punkt 2 die Ausrichtung eines Kinderfestes als nicht umsetzbar gesehen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: Streichen - Ersatzneubau Brücke Treidelpfad
5.4.12.

Da sich hier nicht der Grund der Erneuerung erschließt, soll diese Maßnahme gestrichen werden.

Frau Hanke erläutert, dass demnächst eine Brückenprüfung (findet alle 6 Jahre statt) ansteht. Bei einer nicht verkehrssicheren Einstufung besteht die Gefahr einer Sperrung der Brücke. Aufgrund der stark angegriffenen tragenden Konstruktion ist die Sperrung vorausschaubar.

Bei einem Ersatzneubau bittet Herr Dr. Fassbinder, die Barrierefreiheit zu beachten.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: Grüne Welle Anklamer Straße
5.4.13.

Die Anklamer Straße soll von der Europakreuzung bis zum Ortsausgang Greifswald auf eine Grüne Welle umgestellt werden (90.000 EUR).

Die derzeitige Grüne Welle umfasst nur das Gebiet stadteinwärts von der Kreuzung E.-Thälmann-Ring bis zur H.-Beimler-Straße in der Zeit von 06:00 Uhr bis 15:00 Uhr und stadtauswärts von der H.-Beimler-Straße bis zum E.-Thälmann-Ring von 15:00 Uhr bis 21:00 Uhr, so Frau Hanke. Die Bedarfsampeln für Fußgänger sind integriert. Problem ist zurzeit eine defekte Schleife im Kreuzungsbereich K.-Liebknecht-Ring, die repariert werden müsste. Als Stadt wird ansonsten kein Handlungsbedarf gesehen. Sowohl die Europakreuzung als auch die Kreuzung im Bereich der Koitenhäger Landstraße sind im Besitz des Straßenbauamtes.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
9 Gegenstimmen

Zu TOP: *Inspizientenzentrale Theater Vorpommern*
5.4.14.

Mit dieser Vorlage sollen für den letzten Bauabschnitt zur Sanierung der Inspizientenzentrale 85.000 EUR eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: *Streichen - Salzlagerhalle und Auftausalz*
5.4.15.

Insgesamt wurden für die Salzlagerhalle und Auftausalz 450.000 EUR für die Jahre 2012 und 2013 geplant. Es erschließt sich nicht, warum für eine Salzlagerhalle 350.000 EUR ausgegeben werden sollen. Eine Notwendigkeit wird nicht gesehen.

Frau Hanke erläutert, dass eine Salzlagerhalle eigentlich Stand der normalen Ausrüstung einer mittleren Gemeinde ist. Betriebswirtschaftlich wird diese Salzlagerhalle als dringende und angemessene Investition gesehen. Selbst bei einem extremen Winter wird die Möglichkeit der Salzeinlagerung in der Halle nicht ausreichen, aber man wird mit dem gelagerten Salz wesentlich länger auskommen. Die Lagerkapazität würde 1.000 t betragen und man könnte auf Vorrat günstig Salz einkaufen.

Zu der jetzigen Lagerung (auf keinen befestigten Betonflächen) in Big Bags gibt es schon wegen Umweltbedenken Diskussionen mit dem Umweltamt.

Herr Kolbe unterstreicht das Ansinnen der CDU. Zeitgemäß ist, statt Salz zu streuen, salzreduziert auszukommen. Es gibt bereits Kommunen, die salzreduziertes Winterdienstmanagement betreiben. Voraussetzung für den Bau einer Salzlagerhalle (egal welcher Größe) wäre die Ermittlung der Salzmenge/Jahr.

Frau Socher betont, dass es hier darum geht, einen ordnungsgemäßen Zustand bei der Lagerung von Materialien zu gewährleisten, die man im Winter benötigt.

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

Im Anschluss der Abstimmungen zu den Tischvorlagen erklärt Herr Kolbe, dass er zu dieser Vorlage den Eindruck hatte, dass das notierte Abstimmungsergebnis nicht der Willensbildung entsprochen hat. Er fragt, ob eine nochmalige Abstimmung vorgenommen werden kann.

Über die Vorlage wird erneut abgestimmt. *Wörtlich: „Wer für die Vorlage ist...“*

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

*Zu TOP:
5.4.16. Streichen - Teilausbau Hansering/Knopfstraße*

Es wird nicht für notwendig gesehen, für den Teilausbau 265.000 EUR zu investieren.

Von Herrn Dr. Fassbinder wird der Ergänzungsantrag gestellt, anstatt dieser Ausgabe die Stadtverwaltung zu beauftragen, die Voraussetzungen für einen Fußgängerüberweg zu schaffen. Dafür muss ein Ausnahmegenehmigungsantrag beim Landesamt gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
8 Stimmenthaltungen

*Zu TOP:
5.4.17. Unterstützung Selbstständigkeit der Schulen*

Die Sachkosten pro Schüler sollen um 10 EUR erhöht werden, um die Selbstständigkeit der Schulen zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
6 Stimmenthaltungen

*Zu TOP:
5.4.18. Selbstständige Kindertagesstätten und Horte*

Diese Vorlage soll zusammen mit TOP 5.4.1. für den nächsten Haushalt überarbeitet werden.

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt.

*Zu TOP:
5.4.19. Aufstocken Produkt 2610001 (Theaterhaus Greifswald)*

Die für dieses Jahr eingestellten Mittel (20.000 EUR) für die Instandhaltung

und Beseitigung von Mängeln im Theater sollen um 130.000 EUR erhöht werden (so hat man den Stand aus den Vorjahren von 150.000 EUR).

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
5 Stimmenthaltungen

Herr Wille erklärt, dass die Maßnahmen, die beschlossen wurden, allein aus den Budgets nicht finanzierbar sein werden. Man muss sich jetzt Gedanken machen, wie eine Kompensation möglich sein wird.

Herr Dr. Fassbinder stellt die Tischvorlagen der Fraktion B 90/Die Grünen vor.

Zu TOP: Erhöhung des Zuschusses für den Tierpark (Produkt 2.5.3.00)
5.4.20.

Der jährliche Zuschuss von 81.500 EUR soll auf 160.000 EUR erhöht werden. Wenn von städtischer Seite nicht eingegriffen wird, ist der Tierpark spätestens im Jahr 2013 insolvent. Derzeitig ist der Verein bei den laufenden Betriebskosten sowie bei den Investitionskosten finanziell überfordert.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: Einrichtung einer neuen Stelle für die Einwerbung von EU-Fördermitteln
5.4.21.

Im Interesse der Finanzausstattung der Stadt wird die Einrichtung dieser Stelle als sehr sinnvoll erachtet (vorstellbar wäre auch eine vorläufige Einrichtung für 3 bis 4 Jahre).

Herr Wille erklärt, dass die Stadt sehr viele Bereiche hat, die sich mit dieser Thematik befassen, z. B. im OB-Bereich (Pomerania) und im Stadtbauamt, wo in großen Dimensionen bereits Fördermittel eingeworben werden. In absehbarer Zeit wird die Stadt Greifswald auch nicht mehr Zielgebiet I für die EU-Förderung sein, und das Fördervolumen wird zurückgehen.

Frau Socher unterstreicht, dass es für die Stadt wichtig ist, eigene Projekte zu entwickeln und man dafür Leute benötigt, die sich ausschließlich damit beschäftigen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf 420 v. H.
5.4.22.

Es wird für die Gewerbesteuer ein Hebesatz von 420 v. H. vorgeschlagen. Im Vergleich mit den kreisfreien Städten läge Greifswald damit immer noch drunter bzw. gleich (Rostock hat 450 v. H., Stralsund hat 420 v. H.).

Herr Wille begrüßt diesen Vorschlag, regt aber an, auch über die Grundsteuer B nachzudenken.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP:
5.4.23.

Einrichtung zweier neuer Stellen im Ordnungsamt: Verkehrskontrolleur/in

Zur Einhaltung des ruhenden Verkehrs am Wochenende, abends und nachts sollen im Ordnungsamt zwei neue Stellen geschaffen werden. Zum einen werden Regeln nicht eingehalten und zum anderen gehen dadurch der GPG Einnahmen verloren. Diese Anregung kommt aus dem Ordnungsamt. Haushaltstechnisch hat dies keine gravierenden Folgen, weil entsprechende Einnahmen dagegenstehen.

Frau Demuth gibt zu bedenken, dass das Ansinnen mit dem Personalrat nicht vereinbar sein wird. Im Zuge der Haushaltssicherungsmaßnahmen sind seinerzeit zwei Stellen eingespart worden.

Herr Mundt schlägt eine Umsetzung von Personal vom Innen- in den Außendienst vor.

Frau Demuth wird dies prüfen, weist aber schon jetzt auf den großen Unterschied der Eingruppierung hin.

Um diesen Beschluss umzusetzen, so Herr Wille, müsste diese Maßnahme als wesentliches Produkt mit Zielvorgaben aufgenommen und zusätzlich im Stellenplan die entsprechenden Stellen ausgewiesen werden. Die Bewirtschaftung funktioniert nur, wenn diese Stellen im Stellenplan enthalten sind.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
9 Stimmenenthaltungen

Herr Dr. Fassbinder hinterfragt, wie mit den Änderungen zu den Investitionslisten weiter verfahren wird.

Des Weiteren möchte Frau Socher wissen, wie man mit dem Problem Fischerschule und Schulen allgemein umgeht, über die die Stadt noch ½ Jahr Verfügungsgewalt hat.

Herr Wille erklärt hierzu, dass die Stadt an den Regelungen des Vertrages mit dem Landkreis gebunden ist. Der Vertrag beschränkt die Stadt auf Notmaßnahmen, die ohne Abstimmung mit dem Landkreis möglich wären. Alles darüber hinaus, setzt eine Zustimmung des Landkreises voraus.

Über die Haushaltssatzung soll in der Sondersitzung am 2. Februar 2012, 18:00 Uhr, abgestimmt werden.

Zu TOP: 6. Information der Verwaltung

keine

Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Görs fragt an, ob es ein Schild für die Grüne Welle in der Wolgaster Straße geben wird. Frau Hanke erwidert, dass dies nicht vorgesehen war, sie es aber noch einmal prüfen wird.

Herr Dr. Kerath fragt zum TOP 5.1. nach, ob es Überlegungen gibt, die Hafengebührensatzung zu überarbeiten. Herr Hochheim erklärt, dass die Stadt an einer Lösung arbeitet.

Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 21.11.2011

Es gibt keine Änderungen oder Einwände.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung

Herr Mundt beendet die öffentliche Sitzung um 21:30 Uhr.

gez.

Thomas Mundt
stellv. Ausschussvorsitzender

gez.

Birgit Rosolski
für das Protokoll